

Antrag der Fraktion der FDP**Armut bekämpfen – Arbeit schaffen – Chancen eröffnen**

Bremen und Bremerhaven leiden unter einer ausgeprägten, verfestigten Arbeitslosigkeit. Gleichwohl bleiben viele Stellen in allen Segmenten des ersten Arbeitsmarkts mangels qualifizierter und leistungsbereiter Bewerberinnen und Bewerber unbesetzt. Jahrzehnte verfehlter sozialdemokratischer Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik im Lande Bremen haben Menschen um ihre gerechte Chance auf einen Arbeitsplatz und ein von Leistungen des Sozialstaates unabhängiges Leben gebracht. Das von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geschaffene Hartz-IV-System hat sich überdies als leistungsfeindlich und missbrauchsanfällig erwiesen.

Statt weiterhin ein unbeschwertes Leben auf Kosten der arbeitenden, leistungsbereiten und die Steuerlast tragenden Teile der Bevölkerung zu versprechen, ist ein Kurswechsel in der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik Bremens dringender denn je geboten.

Nicht die Höhe staatlicher Transferzahlungen, sondern die individuelle Erfahrung, dass Leistung sich lohnt, ist der Maßstab für Fairness. Leistungsbereitschaft und Fleiß sind die Grundlagen des Wohlstands in unserem Land. Sie sind Werte, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut und Haltungen, auf die unsere soziale Marktwirtschaft angewiesen ist. Armutsbekämpfung ist deswegen der Kampf gegen Resignation und Perspektivlosigkeit.

Durch die Schaffung von fairen Chancen auf Bildung sowie die Entwicklung eines attraktiven Umfelds für Unternehmen und für die wirtschaftliche Entfaltung der Bürgerinnen und Bürgern könnte selbst der rot-grüne Senat einen geeigneten Rahmen setzen.

Ein Arbeitsplatz ist schließlich das beste Mittel gegen Armut und die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat möge sich auf Bundes- und Landesebene einsetzen für

1. eine Politik, die dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt klare Priorität einräumt;
2. die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den Abbau bürokratischer Hürden für die Wirtschaft, Flexibilisierung arbeitsrechtlicher Regelungen, die Stärkung des Mittelstands und ein einfaches, gerechtes Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen;
3. ein leistungsorientiertes und effizientes Bildungssystem, das jede Schülerin und jeden Schüler individuell unterstützt und fordert sowie die Basis für ein erfolgreiches Berufsleben schafft;
4. die Stärkung der Berufsausbildung und der Hochschulen, um die Fachkräfte der Zukunft auszubilden;
5. eine Ausrichtung des Bremer Arbeitsmarktpolitischen Programms nach dem Grundsatz „Qualifizierung statt Alimentierung“ und eine vorrangige Förderung von Arbeitssuchenden mit dem Ziel des Erwerbs betriebsnaher, am ersten Arbeitsmarkt nachgefragter Qualifikationen;

6. eine bedarfsdeckende Versorgung mit ganztägigen und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungs- und Bildungsmöglichkeiten in Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen, um Müttern und Vätern wirtschaftliche Selbstständigkeit zu ermöglichen;
7. eine Abkehr von der schädlichen Forderung nach gesetzlichen Mindestlöhnen, die Arbeitsplätze insbesondere für junge Menschen und geringer Qualifizierte vernichten würden;
8. die Ausweitung der Zuverdienstmöglichkeiten, um die Motivation Arbeitsloser zu fördern, Arbeit aufzunehmen;
9. eine konsequente Anwendung der gesetzlichen Sanktionsregelungen für kooperationsunwillige Arbeitslose;
10. eine Verlagerung der Zuständigkeit für Arbeit zum Senator für Wirtschaft und Häfen, um eine enge Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit der Wirtschaftspolitik im Land Bremen sicherzustellen, sowie
11. eine Konzentration staatlicher Fürsorgemaßnahmen auf den Personenkreis der wirklich Bedürftigen.

Dr. Oliver Möllenstädt, Dr. Magnus Buhler,
Uwe Woltemath und Fraktion der FDP